

**Gemeinde Barleben**  
Der Bürgermeister

**NIEDERSCHRIFT**

zur außerplanmäßige öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 26.09.2019  
**Sitzungsbeginn:** 18:45 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:58 Uhr  
**Ort, Raum:** im Gemeindesaal der Gemeinde Barleben, Breiteweg  
147, 39179 Barleben

**Anwesend sind**

**Vorsitzender**

Herr Ulrich Korn

**Bürgermeister**

Herr Frank Nase

**Mitglieder**

Herr Dr. Edgar Appenrodt

Frau Evelyn Brämer

Herr Jörg Brämer

Frau Cornelia Dorendorf

Herr Peter Hiller

Herr Ralf Jassen

Herr Franz-Ulrich Keindorff

Frau Zoe Keindorff

Herr Johannes Könitz

bis 20:30 Uhr

Frau Rita Linke

Herr Reinhard Lüder

Frau Ramona Müller

Herr Michael Ölze

Frau Margitta Pape

Herr Philipp Winkler

Herr Wido Wischeropp

**Protokollantin**

Frau Heike Müller

**Vertreter der Presse**

Frau Vivian Hömke

Herr Andreas Richter

**Vertreter der Amtsverwaltung**

Frau Wilma Chrzan

Frau Anja Miklosch

Frau Ann Nischang

Frau Katrin Röhrig

Frau Ute Schlee

Herr Nico Woehler

Herr Thomas Zaschke

**Gäste**

Herr Prof. Gundlach

**Abwesend sind**

**Mitglieder**

Herr Manfred Behrens entschuldigt

Herr Ulf Kelterer entschuldigt

Herr Claus Lehmann entschuldigt

## Öffentlicher Teil

### TOP 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

- Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:45 Uhr und stellt mit 18 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

### TOP 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

- Herr Dr. Appenrodt stellt den Antrag, den TOP 6 nach TOP 7 zu behandeln, da sich aus dem Sachstandsbericht noch Anträge ergeben könnten.
- Herr Dr. Appenrodt fragt, warum dem Fraktionsantrag der Fraktion FWG/Grüne nicht entsprochen wurde, den Tagesordnungspunkt „Breitbandausbau“ auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wurde am 13.09. zugesendet und am 16.09. hatte Herr Dr. Appenrodt nochmals darauf hingewiesen, dass der TOP Breitbandausbau öffentlich zu beraten ist. Falls es Dinge vertraglicher Art gäbe, könne man das ja in einem nicht öffentlichen Teil besprechen.
- Herr Dr. Appenrodt fragt, wo denn die Niederschrift sei. Im § 58 (1) KVG LSA heißt es, die Niederschrift soll innerhalb von 30 Tagen, spätestens zur nächsten Sitzung, vorliegen. Er fragt, warum die Niederschrift nicht als Tagesordnungspunkt aufgenommen wurde. In der letzten Sitzung wären Änderungen an der Geschäftsordnung vorgenommen worden, auch hier sei nichts zugeschickt worden.
- Der Vorsitzende antwortet, dass sich bei der heutigen um eine außerplanmäßige Sitzung handle.
- Herr Dr. Appenrodt merkt an, dass er bereits mehrfach darauf hingewiesen habe, dass das Gesetz keinen Unterschied zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Sitzungen mache, es gäbe nur den Begriff „nächste Sitzung“.
- Noch vor der Maisitzung wurde zugesagt, dass „Berichterstattung Mittellandkurier“ auf die Tagesordnung gesetzt wird.
- Der Bürgermeister berichtet, dass zu einer Arbeitsgruppe Mittellandkurier eingeladen wurde. Herr Dr. Appenrodt hatte seine Teilnahme an der Arbeitsgruppe abgelehnt. Die ARGE habe sich darüber verständigt, dass es mindestens noch einen weiteren Termin brauche, um Notwendigkeiten zur Veränderung zu identifizieren.
- Herr Dr. Appenrodt stellt fest, dass es keine Arbeitsgemeinschaft und keine ARGE gibt. Der Bürgermeister habe versprochen, das Thema käme in die Ausschüsse. Er erwartet es auf der Tagesordnung.
- Am 26.06. hatte die Fraktion FWG einen Antrag gestellt, in dem es um die Kita- und Hortgebühren von Dahlenwarsleben ging. Die Verwaltung wäre beauftragt worden, einen Vertrag fertig zu machen, damit die Eltern das gleiche bezahlen, wie aus anderen Gemeinden. Er fragt, warum jetzt noch nichts dazu auf der Tagesordnung ist.

- Der Bürgermeister bestätigt, dass eine entsprechende Beschlussvorlage in der nächsten Beratungsfolge auf der Tagesordnung stünde.
- Im März hat es von der Fraktion FWG einen Antrag gegeben, das Thema „Kleine Sterneköche“ auf die Tagesordnung zu setzen. Herr Dr. Appenrodt fragt, wann das Thema auf die Tagesordnung gesetzt wird, da der Antrag nicht zurückgezogen wurde, auch wenn sich das Thema bereits erledigt hat.
- Diese Verfahrensweise ist rechtswidrig. Es heißt zur nächsten, spätestens zur übernächsten Sitzung.
- Der Bürgermeister antwortet, dass er zu diesen Themen unter dem TOP „Mitteilungen des Bürgermeisters“ berichten wollte.
- Der Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung (Tausch TOP 6 und TOP 7) abstimmen.  
Abstimmungsergebnis: 16 x JA; 2 x ENTHALTUNG

### **TOP 3                    Einwohnerfragestunde nach Maßgabe der Hauptsatzung**

- Der Vorsitzende gratuliert den Ratsmitgliedern Herr Kelterer, Frau Müller und Frau Dorendorf nachträglich zum Geburtstag.
- Ein Einwohner der Ortschaft Meitzendorf stellt eine Anfrage stellvertretend für eine weitere Einwohnerin der Ortschaft, die an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Die Parksituation im Bereich Hinter den Hecken sei schon von der Gemeinde kontrolliert worden. Allerdings sei in der Stichstraße/Sackgasse im Bereich zwischen Mittelweg und Wolmirstedter Chaussee nichts von der Gemeinde unternommen worden. Die dort befindlichen Häuser einschließlich der Hydranten würden zugeparkt. Dies könnte ggfs. zu einer sehr schwierigen Situation für die Rettungskräfte führen. Er bittet um Prüfung und Einrichtung eines Parkverbots für LKW.
- Der Bürgermeister sagt zu, die Problematik noch einmal in das Bau-/Ordnungsamt zu geben.
- Der Einwohner fragt weiter nach der Rückerstattung der Kita-Beiträge. Es ist zugesagt worden, diese in alphabetischer Reihenfolge abzuarbeiten. In Meitzendorf gäbe es noch Bürger mit dem Buchstaben G (das ist der sechste Buchstabe im sechsundzwanzig-buchstabigen Alphabet), die ihre Rückerstattung noch nicht bekommen haben. Bis wann ist hier mit einer Erledigung zu rechnen?
- Der Bürgermeister bittet, dass sich die Dame mit dem Buchstaben G bei Ihm meldet, damit ausgeschlossen werden kann, dass jemand vergessen wurde. Nach seinem Kenntnisstand ist die Abarbeitung beim Buchstaben W angekommen.

### **TOP 4                    Mitteilungen des Bürgermeisters**

- Der Bürgermeister weist darauf hin, dass noch nicht alle Gemeinderatsmitglieder die Nutzungsvereinbarungen zu den iPads zurückgegeben haben.
- Es gibt bereits 14 Interessenten an der Veranstaltung der KPV „kommunaler Führerschein“, so dass ein Termin angefragt werden kann. Parallel hat das Hauptamt

ein Angebot der SIKOSA auf dem  
weiter berichtet.

Tisch. Zu gegebener Zeit wird dazu

- Der Bürgermeister hatte bereits begründet, warum zum Thema Breitband hier unter den Mitteilungen des Bürgermeisters und noch einmal im nicht öffentlichen Teil berichtet wird. Durch einen Artikel in der Volksstimme sei der Eindruck entstanden, dass der Schwerpunkt auf einer systemveränderten Funkvariante liege. Er korrigiert dies, ohne Kabelausbau keine Funklösung. Prof. Gundlach ist beauftragt worden, Verhandlungen aufzunehmen mit der Firma DNS:net. Darüber wird im nicht öffentlichen Teil berichtet. Es handele sich um einen Sachstandsbericht, weil noch nichts Beschließbares erzielt werden konnte.
- Der Bürgermeister erläutert die Bedeutung des von ihm in einem Artikel im Mittellandkurier verwendeten Begriffes „Selbstregulierungskompetenz des Marktes“. Der Gemeinderat könne froh sein, dass der Markt reagiert, und die Unterversorgung der Bürger durch Ertüchtigungsmaßnahmen der bestehenden Infrastruktur abgemildert wird. Der Bürgermeister nahm in der letzten Woche an der Veranstaltung „Sachsen-Anhalt auf dem Weg ins Gigabit-Zeitalter“ teil. Bis 2025 soll der Gigabit-Anschluss für jedermann verfügbar sein.
- In der vorletzten Woche sei ein Fördermittelantrag gestellt worden für 5 G, eine gefunkte Breitbandversorgung.
- Der Bürgermeister nahm an verschiedenen Terminen mit anderen Funk- und Telekommunikationsunternehmen teil. Einige Firmen seien dabei, noch in diesem Jahr die Versorgung mit LTR (4 G) zu verbessern. Er habe gehört, dass dies zuerst in Meitzendorf erfolgen soll und bittet die Gemeinderäte um Information, wenn solche Aktivitäten festgestellt werden. Von den großen vier Anbietern wären drei im Hause gewesen, und man habe neben dem Thema Funk auch besprochen, was kableseitig geplant wäre.
- Herr Theo Struhkamp habe am morgigen Tag einen Termin mit einem weiteren Glasfaser-Ausbauunternehmen.
- Der Bürgermeister habe mit der ARGE Breitband gesprochen, die Quoten seien immer noch nicht ausreichend. Ohne die entsprechende Quote liegt die Wirtschaftlichkeit nicht vor. Als Bürgermeister habe er eine Vermögensvorsorgepflicht und würde kein finanzielles Harakiri begehen.
- Zum Thema Smart Cities habe die Bundesregierung ein großes Förderprogramm aufgelegt. Hier wolle er im Verbund mit anderen einen Antrag stellen.
- Der Bürgermeister informiert über ein Schreiben der Firma DNS:net, dass diese einen partiellen Ausbau eigenwirtschaftlich vornehmen wolle. Die Firma DNS:net wird auf dem Gemeindegebiet ohne Inanspruchnahme von Fördermitteln ausbauen und weiße Flecken aussparen.
- Gespräche zum bestehenden Fördermittelbescheid haben ergeben, dass der Förderzeitraum auch über die Jahre 2020 und 2021 ausgedehnt werden kann.
- Im TPO gäbe es ein ausbauwilliges Unternehmen, das neben die bestehende Leitung eine zweite legen wird.
- Die Vorverträge bleiben bestehen, damit die verbleibenden Lücken, die der Markt nicht eigenwirtschaftlich ausbaut, geschlossen werden.

- Herr Struhkamp habe aus Sicht des Ministeriums über weitere Fördermöglichkeiten gesprochen. Marktakteure können auch Fördermittel in Höhe von 10 % vom Land erhalten sowie vergünstigte Kredite.
- Es gab im Vorfeld eine Anfrage von Herrn Dr. Appenrodt zur Jugendarbeit, die bereits beantwortet wurde. Wir haben im Bereich Jugendarbeit einen personellen Abgang zu verzeichnen. Der Beschäftigte des Vereins habe gekündigt und es liefe eine Stellenausschreibung für einen Gemeindesozialarbeiter.
- Eine Delegation der Gemeinde wurde zur Partnergemeinde entsandt.
- Wir erwarten eine Delegation aus der Stadt Omsk, mit der der Landkreis, die IHK und die Gemeinde Barleben eine Kooperation unterhalten. Die Delegation wird beim Katharinen-Forum in der Stadt Zerbst mit anwesend sein.
- Es gab eine weitere Arbeitsgruppe zur Hauptsatzung, wo verschiedene Themen erläutert wurden.
- Der Bürgermeister hatte zu einer Besprechung zum Flächennutzungsplan eingeladen. Die dort gegebenen Informationen werden auch an die nicht teilnehmenden Fraktionen weitergegeben.
- Zu den Widerspruchsbescheiden für die Kitas hatte er schon Ausführungen gemacht.
- Die Arbeitsgemeinschaft „Kleine Sterneköche“ ist nicht vergessen worden. Der Bürgermeister hatte dies auch auf seinem Zettel vorbereitet.
- Dinge, die der Vision des Bürgermeisters entsprungen sind, wie City-Streife oder Patrouillendienst, würden derzeit in ein Konzept gefasst. Zu gegebener Zeit wird er weiter informieren.
- Zum Thema Mittellandkurier und die entsprechende Arbeitsgemeinschaft wurde bereits informiert.
- Der Bürgermeister erläutert noch einmal Sinn und Zweck des Projektes „Elterntaxi“. Es gab weitere Beratungen dazu. Es gab bereits Maßnahmen, wie das Anbringen von Schildern und Verkehrszählungen. Im nächsten Monat wird es ein Gespräch mit dem Verkehrsminister geben.
- Es gibt Pläne zum Umzug der Verwaltungsmitarbeiter aus dem Breiteweg 50 in das Haus 1 der Verwaltung in der Ernst-Thälmann-Straße. Die Fahrschule und die Arztpraxis verbleiben im Gebäude.
- Gegenwärtig war die Stelle des Ordnungsamtsmitarbeiters im Außendienst nicht besetzt. Gestern gab es Bewerbungsgespräche für die Stelle. Er hoffe, am 06.10. bereits eine Neubesetzung vornehmen zu können.
- Eine Regionalbereichsbeamtin sei im Einsatz, an einer zweiten Person wird derzeit noch gearbeitet.
- Der Gemeinderatsvorsitzende fügt an, dass die Sitzungen des Hauptausschusses und des Gemeinderates auf Dienstag gelegt wurden, weil die Mitarbeiter der Verwaltung dienstags bis 18 Uhr im Haus sind und damit keine Zusätzliche

Mehrarbeitszeit anfällt sowie die Nachbereitung der Sitzung am Mittwoch erfolgen kann und nicht freitags bis spät in den Abend.

- Der Sitzungsplan bis zur Sommerpause 2020 wird bis zur Gemeinderatssitzung am 22.10. erarbeitet und über Mandatos zur Verfügung gestellt.
- Der Bürgermeister betont, dass die Verlegung der Sitzungen vom Donnerstag auf den Dienstag zu keiner Personalkostenreduzierung sondern zu einem optimalen Personaleinsatz ohne Lauf- und Leerzeiten führt.
- Der Bürgermeister informiert über eine Situation in Meitzendorf mit einem Logistiker. Auch auf Druck der Bevölkerung und unter Mitwirkung von Herrn Lange wurde das Ergebnis erzielt. Der Bürgermeister sagt, dass er hoffe, dass wahrgenommen wurde, dass er betone, dass in dem Term auch jede Variable ihre Rolle innehatte. Es sei wichtig für die Bürger, dass wir diese Lärmemission überwinden konnten. Er dankt allen Variablen im Term.

## **TOP 5                   Anfragen zu den Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- Herr Lüder fragt nach dem Beschluss im Gemeinderat vom Mai dieses Jahres, die Planungsleistungen für den Breitbandausbau abzurufen. Er fragt, ob dies geschehen sei und wie es weitergehe.
- Der Bürgermeister antwortet, dass die Planungsleistungen noch nicht abgerufen wurden. Das läge am Verfahrensstand, zu dem Herr Prof. Gundlach später berichten wird.
- Herr Lüder äußert Befremden darüber und befürchtet, dass ein Gesamtkonzept nicht mehr durchführbar sein wird, wenn erst die großen Anbieter sich die lukrativen Areale herausgepickt haben.
- Der Bürgermeister antwortet, dass der Staat immer dort eingreifen würde, wo der Markt versagt. Für diesen Fall gäbe es Fördermittel. Er möchte eine Lückenanalyse machen. Deswegen würden wir auch in diesem Förderprojekt verbleiben. Die Bundesregierung hätte Förderprogramme für die Bereiche in Vorbereitung, die nicht durch den Markt wirtschaftlich bedient werden können. Das hieße dann Graue-Flecken-Förderung, für die Bereiche, wo noch nicht das Gigabit-Netz verfügbar ist.
- Herr Dr. Appenrodt stellt noch einmal die Dinge heraus, die durch den Gemeinderat aufgegeben wurden und stellt fest, dass darauf keine Antworten gegeben wurden. Aufgabe war nicht, die Möglichkeiten von Funkversorgung 4 G und 5 G zu recherchieren, sondern zu prüfen, wie dieses kommunale Netz erstellt werden kann. Es hätte Gesprächsangebote der Firma DNS:net gegeben, die aber durch den Bürgermeister nicht wahrgenommen wurden.
- Herr Dr. Appenrodt kritisiert, dass in den Mailverkehr mit Herrn Prof. Gundlach auch Herr Korn und nicht er selbst mit einbezogen wurde. Als Vorsitzender des Gemeinderates ist Herr Korn gehalten, dies an den Gemeinderat weiterzuleiten. Er fragt, welche Intention dahintersteckt.

- Der Bürgermeister weist zurück, er hätte Aufträge des Gemeinderates nicht ausgeführt und hätte den Auftrag des Gemeinderates nicht so verstanden, dass er konkrete Verträge abschließen sollte. Weiterhin weist er zurück, dass ein Gesprächsangebot der Firma DNS:net vorlag.
- Herr Keindorff geht davon aus, dass alle am Tisch einen glasfaserbasierten Breitbandausbau bis ins Haus wollen. Er kenne keine Firma, außer DNS:net, die das realisiert. Für ihn ist völlig unlogisch, dass eine Firma, wie DNS:net, mit einem Vertrag und einer Fördermittelzusage jetzt ohne Fördermittel beginnt auszubauen. Er äußert Vorbehalte gegenüber Beratern aus dem Ministerium.
- Herr Keindorff nimmt Bezug auf einen Artikel in der Volksstimme in dem die Schulen aufgefordert werden zum Thema Klimaschutz Projekte einzureichen, die gesichtet werden und der Gemeinderat verpflichtet wird, ein ausgewähltes mit Kosten der Gemeinde umzusetzen. Es könne ja sein, dass dies beschlossen wurde, als er nicht im Gemeinderat war. Ihm sei ein solcher Beschluss nicht bekannt.
- Der Bürgermeister führt aus, dass der Mitarbeiter des Ministeriums nicht Berater der Gemeinde Barleben ist, sondern lediglich um ein Gespräch gebeten hätte. Ihm seien fünf Marktakteure bekannt, die Glasfaser bis ins Haus liefern. Dies sind: MDDSL, Telekom, DNS:net, Deutsche Glasfaser und Vodafone. Diese hätten angekündigt bis 2020 auszubauen.
- Zum Klimaprojekt habe der Bürgermeister mit den Schulleitungen zusammengesessen und über Recycling, Upcycling und allgemeine Energiemaßnahmen zur Ummünzung der Fridays-for-Future-Bewegung gesprochen. Er habe angedeutet und nicht zugesagt, dass man die Ergebnisse in der Verwaltung prüfen und dann dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme geben wird. Idealerweise ergäben sich umsetzbare Dinge nach Prüfung durch die Verwaltung. Diese möchte er dann den Gremien vorlegen. Das sei kein Beschluss, es stehe nur der Wunsch dahinter. Er möchte den Jugendlichen vermitteln, dass ihr Einsatz Eingang in die Politik finden kann.
- Frau Brämer fragt, warum andere Vorschläge von Jugendlichen, z.B. die Aufstellung von Mülleimern vor den Rathaus, nicht umgesetzt wurden.
- Sie begrüßt, dass sich der Bürgermeister nun auch für inhaltliche Belange der Schulen interessiert, bisher habe es geheißt, das dies Angelegenheit des Schulleiters wäre, die Gemeinde sei dafür nicht zuständig.
- Frau Brämer hatte es so verstanden, dass die Jury schon feststeht, d.h. Bürgermeister, Gemeinderatsvorsitzender und Schulleiterinnen. Sie wünscht sich, dass die Jury auch mit Gemeinderäten besetzt würde, wenn der Gemeinderat ein solches Projekt fördern sollte.
- Frau Brämer fragt, ob sie richtig verstanden hätte, dass der Bürgermeister einen Fördermittelantrag für den 5-G-Ausbau beim Bund gestellt hat. Sollte die Gemeinde einen Fördermittelantrag gestellt haben, wieviel Eigenmittel müssten dann aufgebracht werden? Sie könnte sich dazu nicht an einen Beschluss im Gemeinderat erinnern.
- Der Bürgermeister informiert, dass hier keine Eigenmittel erforderlich sind.
- Der Bürgermeister hätte heute die Information der Fraktion FWG/Grüne erhalten, man wolle sich grundsätzlich nicht an Arbeitsgemeinschaften beteiligen. Es wirkt

daher befremdlich auf ihn, das man sich jetzt an der Jury beteiligen wolle. Es können jederzeit Vorschläge zur Beteiligung an der Jury per Email an ihn geschickt werden.

- Zur Beteiligung der Gemeinde an inhaltlichen Dingen der Schulen sagt der Bürgermeister, dass einmal die Schule eine problembehaftete Situation auflösen möchte und eine, wo man proaktiv auf eine Sache hinzugehen möchte. Es handele sich um zwei verschiedene Herangehensweisen, das eine soll, das andere könnte.
- Zur Thematik Mülleimer wurde nach den Erfahrungen der Gemeinde Barleben entschieden, dies nicht zu tun, da es dazu führe, größere Mengen Müll an diesen Stellen anzusammeln. Dies sei den Jugendlichen mitgeteilt worden und traf auch auf Verständnis.
- Frau Brämer fragt zu der ausgeschriebenen Stelle des Sozialarbeiters. Sie fragt, wie hier die Strategie der Gemeinde ist, soll Streetwork gar nicht mehr stattfinden, da die Stelle so gering dotiert wäre. Sie fragt weiter, warum im Jugendclub Bauarbeiten laufen. Es ginge auch nicht vorwärts. Der Club war geschlossen, auch bevor der Mitarbeiter aufgehört hat. Gibt es andere Pläne mit den Räumen? Sollen die Räume weiter als Jugendclub genutzt werden? Was passiert mit dem Verein, ist eine Auflösung angedacht?
- Frau Brämer fragt nach den Präsentationen, die im Rahmen des zweiten IGEK-Treffens gezeigt wurden. Sie hatte die Zusage, dass ihr diese zur Verfügung gestellt würden.
- Frau Brämer fragt weiter nach dem Bearbeitungsstand bei den zusätzlichen drei Fragen von Herrn Dr. Appenrodt zum Datenschutz.
- Der Bürgermeister verweist auf den Ausschreibungstext für den Sozialarbeiter und informiert, dass mindestens eine Bewerbung vorliegt.
- Die Räume des Jugendclubs werden weiterhin für die Jugendarbeit genutzt, der Verein wird sich nicht auflösen. Es handele sich um Sanierungsarbeiten und es wurde die Zeit der Krankschreibung des Mitarbeiters genutzt.
- Der Bürgermeister sagt die Zusendung der Präsentationen zu.
- Zum Thema Datenschutz kann nicht festgestellt werden, dass noch Fragen unbeantwortet sind.
- Herr Dr. Appenrodt fragt, ob es möglich ist, im Mittellandkurier gebrauchte Abkürzungen im Impressum zu erläutern. Der Artikel zum Breitband wurde unterzeichnet mit kbr/bm. Es wäre schön, wenn die Bürger erfahren, wer das geschrieben hat.
- Herr Dr. Appenrodt kritisiert die Veröffentlichung der Haushaltssatzung im September mit der Bemerkung, man könne im Juli in der Verwaltung Einsicht nehmen.
- Der Vorsitzende erläutert, dass die Satzung doppelt veröffentlicht wurde, da beim ersten Mal Formfehler begangen wurden. Der Hinweis auf die Möglichkeit der Einsichtnahme im Juli wurde sicherlich übersehen.
- Herr Dr. Appenrodt erwartet, dass die Kita-Gebührensatzung an die gültige Gesetzesregelung angepasst wird. Er fragt, wann die Satzung vorgelegt wird.

- Der Bürgermeister informiert, dass geplant ist, dass die neue Kita-Gebührensatzung ab 01.01.2020 in Kraft tritt.
- Herr Dr. Appenrodt bittet, dass der anwesende Rechtsbeistand im nicht öffentlichen Teil Ausführungen zu Sachstand bei den Verfahren zur Kreisumlage macht.
- Bei der letzten TPO-Verbandsversammlung war Herr Nase nicht anwesend, Herr Keindorff hat als Vertreter des Kreises die Versammlung geleitet und Herrn Dr. Appenrodt als Vertreter wurde nicht Bescheid gesagt. Warum war das so?
- Der Bürgermeister bittet für das Versehen um Entschuldigung.
- Herr Brämer fragt, warum der Bürgermeister das kommunale flächendeckende Netz ablehnt und die Vorteile außer Acht lässt.
- Der Vorsitzende verweist auf die nachfolgenden Ausführungen zur vertraglichen Situation von Herrn Prof. Gundlach.
- Frau Müller fragt, wie die Einnahmen von 2.460,00 € von der ÖSA verteilt wurden.
- Frau Müller stellt klar, dass sich ihre Fraktion nicht geweigert hat, an der Runde der Fraktionsvorsitzenden teilzunehmen. Sie wären vielmehr der Meinung, dass Angelegenheiten mit Öffentlichkeitswirkung auch öffentlich zu beraten wären und nicht hinter verschlossenen Türen. Sie gibt den Hinweis, die Beratungen der Fraktionsvorsitzenden öffentlich zu machen und die Bürger dazu einzuladen.
- Der Bürgermeister antwortet, dass die ÖSA-Gelder für die Jugendarbeit in der Gemeinde Barleben eingesetzt werden sollen.
- Zur Nichtöffentlichkeit der Fraktionsvorsitzendenberatung sagt der Bürgermeister, dass er ja die öffentlichen Vertreter dieses hohen Hauses eingeladen hätte. Er rechnet mit unnötigen Gerüchten und Privatinteressen, wenn bereits die Vorberatungen in der Öffentlichkeit stattfänden.
- Herr Könitz verlässt die Sitzung um 20:30 Uhr, damit sind noch 17 Mitglieder anwesend.

## TOP 6                    Anträge zur Aufnahme in die nächste Tagesordnung

- Herr Dr. Appenrodt stellt den folgenden Antrag:  
***Ich würde vorschlagen, dass wir eine Sondersitzung machen zu dem Thema Breitband, mit allen Beteiligten und dem Gemeinderat, damit wir hier endlich zu Potte kommen, und zwar nur zu diesem Thema, sonst stehen wir wieder unter Zeitdruck. Die Rechtslage ist ja jetzt ein bisschen verfahren. Ich denke, wir sollten eine Sondersitzung veranstalten nur zu dem Thema Breitbandausbau, wo dann von der ARGE Herr Haupt, von DNS:net, Sie und vielleicht noch andere, die nötig sind für dieses Thema hier anwesend sind, damit wir dann auch weiterkommen.***
- Herr Lüder unterstützt den Antrag.
- Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.  
Abstimmungsergebnis: 17 x JA

**TOP 8**                    **1. Lesung Haushaltsplan 2020**  
**Vorlage: IV-0010/2019**

- Der Bürgermeister erklärt, dass er die Verwaltung aufgefordert hat, alles das anzumelden, was von den Bereichen als sachlich richtig und wichtig eingeschätzt wird. Daher resultiert das große Delta. Er fährt fort mit einer Präsentation, bestehend aus zwei Tabellen, die die Entwicklung der Kreisumlage darstellen. Der Landkreis hat angekündigt, im kommenden Jahr 76 Mio € gegenüber 66 Mio € in den Vorjahren auf die Gemeinden umzulegen.
- Es gibt eine sich stabilisierende Situation bei den Gewerbesteuereinnahmen.
- Frau Chrzan erläutert, dass in den Monaten Oktober und November die Planzahlen noch einmal mit den Bereichen abgestimmt werden. Die Termine seien schon vereinbart. Daraus werden die Unterlagen für die Ausschüsse vorbereitet die dann diskutiert werden. Es müssen jetzt Streichungen vorgenommen werden, damit man der Kommunalaufsicht einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann.
- Frau Miklosch führt aus, dass die Steuereinnahmen im Vergleich zu Vorjahr stabil sind. Es sei ein leichter Anstieg bei der Gewerbesteuer zu erwarten. Durch die Überführung von Objekten aus dem EB Wowi werden Mieteinnahmen erwartet. Ab diesem Jahr fielen die Zahlungen vom TPO an die Gemeinde weg.
- Bei den Ausgaben seien 10,4 Mio für die Kreisumlage geplant. Es gibt eine Steigerung bei der FAG-Umlage von 450.000 €. Die TPO-Umlage wird um 400.000 € steigen. Sie nennt weitere Projekte (z.B. Lärmschutzwand, Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn, Mehrzwecksportarena Meitzendorf, Sanierungen im Bereich Jersleber See, Sanierung Mühlenhof Ebendorf, Neubau eines Jugendclubs in Ebendorf, Spielplatz Ebendorf, Abenteuerspielplatz in Barleben, neues Feuerwehrgebäude in Barleben, ein neues Löschfahrzeug für die Feuerwehr, die STARK-III-Projekte, der Breitbandausbau usw.)
- Der Vorsitzende fragt, ob ein Haushaltskonsolidierungskonzept angedacht ist.
- Dies würde noch offen sein, da die Plangespräche noch nicht stattgefunden hätten.
- Herr Keindorff weist darauf hin, dass diese Wunschliste parallel von den entsprechenden Beschlussvorlagen begleitet werden sollte, sonst müssten die Projekte mit einem Sperrvermerk versehen werden müssen.
- Herr Lüder bittet um die Aufstellung einer Prioritätenliste für die Projekte, die nicht Pflichtaufgaben der Gemeinde sind.

Der Gemeinderat nimmt die Informationsvorlage zu Haushalt 2020 zur Kenntnis.

**TOP 10**                    **Schließen der Sitzung**

- Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:58 Uhr.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung. Mögliche Einwendungen zur Niederschrift können dort in einer Zusammenfassung eingesehen werden.

Heike Müller  
Protokollant/in

Ulrich Korn  
Gemeinderatsvorsitzender